

PRESSEMITTEILUNG POT DES PRÉSIDENTS

Pot des Présidents

„In einer neuen Realität einen neuen Anlauf wagen“

Am heutigen Dienstag haben Chambre des Métiers und Fédération des Artisans zu ihrem traditionellen Pot des Présidents geladen, um der Politik ihre Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Lage aus der Sicht des Handwerks zu unterbreiten. Pandemiebedingt fand die Veranstaltung drei Monate später statt als üblich.

Der Präsident der Chambre des Métiers, Tom Oberweis, der im Namen beider Handwerksorganisationen das Wort ergriff, kam auf die Pandemie zurück, die in den vergangenen zwei Jahren den Alltag der Menschen und der Unternehmen bestimmte.

Luxemburg sei bis jetzt relativ glimpflich durch die Krise gekommen, was nicht zuletzt auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik zurückzuführen sei. In diesem Zusammenhang würdigte Oberweis den Einsatz der Regierung und insbesondere des Mittelstandsministers Lex Delles und dessen Mitarbeiter, die viel dazu beigetragen hätten, dass Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten werden konnten.

Unternehmen kämpfen gerade mit einer Inflationskrise, einer Beschaffungskrise und einer Energiekrise

Dies solle aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unternehmen heute insgesamt geschwächt dastehen würden. Die Auswirkungen der Pandemie seien nach wie vor spürbar, insbesondere in Form von gestörten Lieferketten und Preissteigerungen für Material, Rohstoffe und Energie.

Durch den Krieg in der Ukraine gewinne die Lage noch einmal an Dramatik. Die Pandemie sei eine Klammer in der Geschichte mit einem Anfang und einem Ende. Der Krieg in Europa habe eine andere Qualität und werde Auswirkungen haben, die wir im Moment noch nicht greifen könnten, so Oberweis weiter.

Luxemburg sei einer der Gewinner der Globalisierung. Eine Rückkehr zu regionalen Einflussräumen würde Luxemburgs Wirtschaftsmodell, das auf einem freien Austausch von Waren, Dienstleistungen und Finanzflüssen beruht, Risiken aussetzen.

Auch die hohe Inflation bereitet den Unternehmen Probleme, vor allem da die Lohnentwicklung in Luxemburg an die Entwicklung des Öl- und Gaspreises und nicht an die Produktivität gekoppelt ist. Dies hätte bedeutet, dass innerhalb von 12 Monaten insgesamt 3 Indexranchen erfallen wären. Dies wäre für kleine und mittelständische Unternehmen nicht tragbar gewesen und ein falsches Signal an ausländische

Investoren und Mutterhäuser, die angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage dabei sind, ihre Standortpolitik zu überdenken.

Der Unterschied zwischen dem was wir uns leisten und dem was wir zu leisten bereit sind, ist nicht auf Dauer zu kompensieren

Aus diesem Grund sei der Tripartitebeschluss zu begrüßen. Die Indextranchen müssten zwar ausbezahlt werden, was für viele Betriebe nach zwei Coronajahren ohnehin eine große Belastung darstelle und einige voraussichtlich auch überfordern werde, doch die Begrenzung von einer Indextranche pro Jahr bringe wenigstens Planungssicherheit.

Oberweis bedauerte, dass sich der Standort Luxemburg sich bereits seit Jahren negativ entwickle. In einschlägigen Wettbewerbs-Rankings werde Luxemburg nach hinten durchgereicht, während wir in Sachen Lohnniveau und Sozialleistungen weiterhin den Spitzenplatz belegen.

Der Unterschied zwischen dem, was wir uns leisten und dem, was wir zu leisten bereit sind, sei nicht auf Dauer zu kompensieren.

Ohne wettbewerbsfähige Wirtschaft, ohne Investitionen, ohne Innovationen werde sich der Wohlstand in Luxemburg in den kommenden Jahren verringern.

Luxemburg sehe sich mehreren Herausforderungen gegenüber. Gerade wegen dieser schwierigen Umstände sei es nun an der Zeit in einer neuen Realität einen neuen Anlauf zu wagen.

Luxemburg hat eine wirtschaftliche Herausforderung:

Der Umstand, dass wir in Luxemburg die höchsten Löhne auszahlen und uns das großzügigste Sozialsystem leisten könnten, sei nicht nur eine Frage der Sozialpolitik oder das Resultat einer Gerechtigkeitsdebatte, sondern auch und vor allem eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Luxemburg in einem immer stärker umkämpften Umfeld.

Bis heute sei es in Luxemburg nicht gelungen eine offene Debatte über Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu führen. Die Gewerkschaften wollten nicht, die Politik traue sich nicht, also werde das Thema abgehakt, so Oberweis.

Wir bräuchten jedoch in Luxemburg eine ernsthafte Debatte über das, was wir uns als Gesellschaft leisten möchten, und, vor allem, was getan werden muss, um die finanzielle Grundlage dafür abzusichern.

Luxemburg hat eine energetische Herausforderung:

Die Abkehr von fossilen Brennstoffen sei nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern ebenso eine Frage der nationalen Sicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Das Handwerk spiele eine zentrale Rolle bei der Energiewende. Unternehmen würden bereits seit Jahren massiv in die Kompetenz ihrer Mitarbeiter investieren. Die Unterstützung von Unternehmen bei der Energiewende müsse nun ganz oben auf der Prioritätenliste stehen.

Und schlussendlich hat Luxemburg eine soziale Herausforderung:

Luxemburg habe das weltweit großzügigste Sozialsystem. Darauf solle man stolz sein. Um dieses System in Zukunft zu erhalten, müsse man aufhören mit dem Sozialen Politik zu machen, und stattdessen richtige Sozialpolitik betreiben, bei der es darum geht, die Schwächeren in der Gesellschaft mehr zu unterstützen als das heute der Fall ist und im Gegenzug mit der Giesskannenpolitik aufzuhören.

Abschließend ging Oberweis noch auf die Wohnungsbaupolitik ein, die sehr viele Menschen und Unternehmen stark beschäftige. Die Explosion der Immobilienpreise sei für Haushalte und Unternehmen ein großes Problem, das nicht über die Löhne zu lösen sei.

Eine Verbesserung sei nur durch eine Dynamisierung des Angebotes zu erreichen, doch dazu fehle offensichtlich der politische Wille.

Luxemburg habe schon mehrfach bewiesen, dass wir in schweren Zeiten innovativ und handlungsfähig sein könnten. Das wünsche man sich nun auch in dieser Situation und Oberweis lud die anwesenden Politiker ein, dies bei der Ausarbeitung ihrer Wahlprogramme zu beherzigen. Es sei in der Tat an der Zeit in einer neuen Realität einen neuen Anlauf zu wagen.

Die diesjährige Spende von 5.000 Euro geht an die Passerell asbl, die Geflüchtete bei der Integration begleitet.